

P R E S S E M I T T E I L U N G

Berlin, den 12. April 2018

Gemeinsame Presseerklärung der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen und SPD

Ausschuss für Bildung und Kultur beschließt Umbenennung von Straßen im Afrikanischen Viertel

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD in der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin lösen ein wichtiges Wahlversprechen ein und beschließen gemeinsam mit der Fraktion Die Linke die Umbenennung von drei Straßen im afrikanischen Viertel.

Laura Neugebauer, Sprecherin für Bildung und Kultur der Fraktion Bündnis90/Die Grünen dazu: „**Dadurch wird endlich mit der Ehrung von Personen Schluss gemacht, die eng mit den antidemokratischen und rassistischen Verbrechen der deutschen Kolonialgeschichte verbunden sind.**“

Nach dem Beschluss der Fraktionen sollen die Straßen wie folgt umbenannt werden: Die Lüderitzstraße in Cornelius-Fredericks-Straße, der Nachtigalplatz in Bell-Platz, die Petersallee von der Müllerstraße bis zum Nachtigalplatz (später Bell-Platz) in Anna-Mungunda-Allee und vom Nachtigalplatz bis zur Windhuker Straße in Maji-Maji-Allee.

Die Namen sind Ergebnis einer langjährigen Diskussion, eines intensiven Beteiligungsprozesses sowie einer wissenschaftlichen Begutachtung. Ziel der Fraktionen war und ist es, einen Beitrag zur kritischen Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialgeschichte zu leisten und wichtige Gruppen und Personen zu ehren, die sich im Widerstand gegen den Kolonialismus verdient gemacht haben.

Mit den nun vorgeschlagenen Benennungen werden sowohl Herero, Nama, Duala im Südwesten des Kontinents, als auch mit Maji-Maji der Widerstand im heutigen Tansania, Burundi und Ruanda (Teile des damaligen Deutsch-Ost-Afrika) geehrt.

„**Ich finde, die Mühen haben sich gelohnt,**“ stellt Susanne Fischer, SPD-Fraktions-sprecherin für Bildung und Kultur, fest und ergänzt: „**Wir haben lange und intensive Diskussionen auch mit der afrikanischen Community geführt und sind zu einem achtbaren Ergebnis gekommen.**“

Nun muss noch die Bezirksverordnetenversammlung Mitte in ihrer Sitzung am 19. April dem Vorschlag zustimmen.